

Für ein Land, in dem
wir gut und sicher leben.

Ihre AfD-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg



IHR ARBEITSKREIS FÜR INNERES, DIGITALISIERUNG UND MIGRATION



LARS-PATRICK
BERG MdL

Leiter des Fraktionsarbeitskreises Innen sowie innenpolitischer Sprecher und Sprecher für Polizei, Sicherheit und Streitkräfte. Als Mitglied im Aufsichtsrat der Landesstiftung SEZ für die Entwicklungszusammenarbeit mit Burundi, dem Partnerland Baden-Württembergs, auch entwicklungspolitischer Sprecher. Mitglied im Ausschuss Europa und Internationales und im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG). „Ich stehe für eine heimatverbundene und wertkonservative Politik mit Herz und Verstand.“
larspatrick.berg@afd.landtag-bw.de



KLAUS
DÜRR MdL

Klaus Dürr ist der Ansprechpartner für Digitalisierung in der AfD Landtagsfraktion. Besonders am Herzen liegt ihm die Unterstützung der Kommunen beim Breitbandausbau. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie alle Blaulichtthemen sind für ihn wichtige Anliegen. Wir sind eine Mehrthemenpartei mit den Bürgern für die Bürger und unser Land.
klaus.duerr@afd.landtag-bw.de



DANIEL
ROTTMANN MdL

Der Landtagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Ehingen setzt sich ein für eine lösungsorientierte Politik zum Thema Migration. Herzenssache ist dem Theologen und Buchhändler dabei ein offenes Ohr für die Bürger und ihre Anliegen. Rottmanns Motto für seine politische Arbeit: Mitmischen statt Meckern.
daniel.rottmann@afd.landtag-bw.de

Arbeitskreis
Inneres, Digitalisierung
und Migration

Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

FRAKTION
Tel. 0800-37258466
post@afd.landtag-bw.de
www.afd-fraktion-bw.de

WIR SIND BEREIT!



Für Baden-Württemberg



IHR ARBEITSKREIS FÜR
INNERES, DIGITALISIERUNG
UND MIGRATION



Digitalisierung

Digitalisierung als Gesamtgesellschaftliche Mammutaufgabe Deutschlands und Baden-Württembergs bedeutet die starke lenkende Gestaltung der Globalisierung zum Wohle unsers Landes und deren Bürger!

Die AfD fordert:

- Flächendeckender GIGAbit Breitbandausbau im ganzen Land auch dem ländlichen Raum. Nur Glasfasertechnologie kann hier zum Zuge kommen und gefördert werden. GIGAbit als FttB!
 - Verstärkte Unterstützung regionaler Strukturen / Stadwerke / Zweckverbände durch Fördermittel
 - Änderung von DIGINetz Gesetz, Breitbandatlas und Förderhemmnisse der EU in Form von überkommenen Überbauungsregeln und Aufgriffsschwellen – Subsidiarität ist das Gebot!
 - Bereitstellung von Fördermitteln in Höhe von 500 Millionen € jährlich bis das GIGAbitNetz in ganz Baden-Württemberg etabliert ist. Jeder Haushalt hat einen Bandbreite von 1 GIGAbit zur Verfügung. Nicht „bis zu...“ sondern „mindestens...“
 - Zur Optimierung der notwendigen Landes- und Kommunalprojekten fordern wir die Bereitstellung von mindestens 100 Experten der IT-Netzwerkindustrie, des Tiefbaus und des agilen Projektmanagement durch die Landesregierung – sogenannte Digitalisierungsmanager
- Zur Unterstützung der Kommunen zum Betrieb der IT Infrastruktur in den Schulen, insbesondere im ländlichen Raum, fordern wir die Bereitstellung von mindestens 100 Stellen für IT Spezialisten – sogenannte „digitale Hausmeister“! Die digitale Infrastruktur der Schulen darf nicht länger auf den gutwilligen Einsatz durch Lehrkräfte basieren.
 - Überarbeiten und Abschaffen überholter Jahrzehnte lang gewachsener Regelungen - erst Verschlanken – dann automatisieren
 - als Basis für die Digitalisierung der Abläufe der öffentlichen Verwaltung
 - Gerade die öffentliche Verwaltung mit ihren i.d.R. klaren Abläufen kann digitalisiert und vereinfacht werden. Entbürokratisierung vorher hilft, die Komplexität der IT-Lösungen übersichtlich zu halten.
 - Kommunale Aufgaben sind in jeder Kommune gleich. Diese Fachverfahren können landeseinheitlich zentral angeboten und digital unterstützt werden. Aufwendungen dafür trägt das Land (nicht die Kommune!). Z.B. DIGANT (Passwesen) oder AUTISTA (Standesamt) oder OWI (Ordnungswidrigkeiten).

- Webbasierte Oberfläche, über die Bürger gängige Aufgaben von zuhause aus erledigen können (z.B. Wohnsitzummeldung, Wasserzählerstände, Müll-eimer, Gewerbeanmeldung komplett, Familienstandanzeigen).
- Heimarbeitsplätze fördern – Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Vermeidung von Berufsverkehr vom und zum Arbeitsplatz
- Durch die Digitalisierung entstehende Notwendigkeit von Arbeitsplatztransformation aktiv gestalten und fördern
- Gründerszene fördern – Startups befreien von Verwaltungsregelungen und Steuer- und Abgabengängelung
- 5G Aufbau flächendeckend sicherstellen durch regionale Strukturen – Nationales Roaming
- Schaffung eines Markt um sichere High-Tech made in Baden-Württemberg, Deutschland oder wenigsten in der Europäischen Union konkurrenzfähig herstellen zu können. Dazu anpassen des Telekommunikationsgesetz (TKG) und andere Gesetze damit ab sofort „Sicherheit by Design“ verbindlich und Auditsicher die obligatorische Voraussetzung für den weiteren Ausbau unserer kritischer Infrastruktur wird.
- Wir brauchen wieder Hersteller wichtiger Infrastrukturkomponenten im deutschen oder zumindest im Rechtsraum der Europäischen Union. Rückgewinnung digitaler Souveränität um sichere Infrastruktur wieder zu ermöglichen.

Migration

1. Abschiebung

Die AfD-Fraktion fordert die signifikante Erhöhung der Zahl Abschiebungen aus BW; Abschiebungen scheitern zu über 50 % daran, dass die „Kandidaten“ nicht dort angetroffen werden, wo sie sein sollen. Das liegt daran, dass Abschiebetermine veröffentlicht werden, obwohl sie vertraulich sind. Der Innenminister wurde erfolglos aufgefordert, die undichte Stelle in seinem Haus zu finden.

Auch erhält der Flüchtlingsrat weiterhin Gelder vom Innenministerium, obwohl der die Asylanten aktiv berät, wie sie der Abschiebung entgehen könne.

AfD fordert anstatt immer mehr „Integration“ eine Qualifizierung von Asylbewerbern in einfachen Handwerksberufen für den Aufbau ihrer Heimatländer nach ihrer Rückkehr. Die Kosten für Integrationsmanager müssen umgeleitet werden an Ausbilder für solche Tätigkeiten.

2. Fluchtursachen bekämpfen

Neben der sofortigen Schließung der Grenzen fordert die AfD-Fraktion Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort in den Herkunftsländern; von den Kosten für einen minderjährigen „Flüchtling“ zwischen 5.000 bis 6.000 Euro im Monat könnte man z.B. in Afrika Dutzende Lehrer oder Ausbilder ein Jahr lang bezahlen oder ganze Bildungs- und Qualifizierungseinrichtungen vor Ort aufbauen.

Polizei und innere Sicherheit

Die AfD fordert die zweigeteilte Polizeilaufbahn, um den Polizeiberuf attraktiver zu machen, sowie eine wirksame Ausrüstung z. B. mit sog. „Tasern“, aber auch anderen Hilfsmitteln. Überstunden müssen abgebaut werden. Minister und Vorgesetzte müssen politisch zu 100 % hinter den Polizisten stehen, die auf der Straße ihre Haut für uns riskieren.

Die Personalgewinnung muss optimiert und die Zahl der Polizisten auf der Straße erhöht werden; dieses Ziel der Polizeireform wurde völlig verfehlt.

Die Ausbildungseinrichtungen der Polizei in Villingen-Schwenningen und anderen Standorten müssen von engen und mangelbehafteten Provisorien zu modernen Lehrstätten massiv ausgebaut werden, an denen sich unsere Nachwuchspolizei auch wohlfühlt.

Die freiwillige Polizei ist ein Hassobjekt der Grünen, weshalb der Innenminister deren Neuaufbau blockiert. Sie muss unverzüglich wieder ins Leben gerufen werden; die Konzeption muss Uniformierung und Bewaffnung umfassen, der Einsatz nicht nur auf Verkehrsregelung beschränkt, sondern auf die aktive Unterstützung auf der Straße ausgeweitet werden können, um dem Ausbluten der Polizei auf dem flachen Land und Personalengpässen begegnen zu können. Gleichzeitig darf dies aber nicht zu Lasten von Einstellungen in die herkömmliche Polizeilaufbahn führen.